

Ich bitte nun den Vertreter der Fraktion der PDS, den Abgeordneten Steinitz, das Wort zur Begründung zu nehmen.

Prof. Dr. Steinitz für die Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Worum geht es eigentlich in unserem Antrag zur Entschuldung der Betriebe? Die Unternehmen sind als Folge der vergangenen Wirtschaftsentwicklung durch sehr hohe Verbindlichkeiten belastet. Sie betragen allein im Bereich der Treuhandanstalt rund 100 Mrd. D-Mark. Das sind etwa 25 % des Gesamtvermögens.

Bei den Genossenschaften in der Landwirtschaft liegt das Kreditvolumen bei ca. 7 Mrd. D-Mark.

Diese Verbindlichkeiten sind größtenteils nicht durch schlechte Wirtschaftstätigkeit der Betriebe verursacht, sondern durch dirigistische Eingriffe in die Struktur, in die Investitionstätigkeit und durch zentralistische Abführung fast der Gesamtheit der Gewinne.

Die hohen Belastungen lähmen die wirtschaftlichen Aktivitäten. Die Gesundung und Strukturanpassung der Unternehmen wird erschwert, ja teilweise behindert.

Das ist der eigentliche Ausgangspunkt unseres Vorschlages für die notwendige Entschuldung. Die Schuldenprobleme der Unternehmen wurden in den letzten Wochen verstärkt in der Öffentlichkeit erörtert. Eigenartigerweise stammen jedoch die meisten - fast ausschließlich - Äußerungen von Politikern und Pressekommentaren von Vertretern der Bundesrepublik. Die Vertreter der DDR-Regierung, des Wirtschaftsministeriums und auch Herr Krause hüllen sich in Schweigen. Ein Versuch, den Antrag der PDS zur Entschuldung vor 14 Tagen auf die Tagesordnung der Volkskammer zu setzen, wurde mit der Mehrheit der Stimmen der Regierungskoalition abgelehnt.

So entsteht die etwas groteske Situation, daß diejenigen, die hierfür Verantwortung tragen - und es ist ja wohl zweifellos eine Problematik, die auch nach dem Beitrittsbeschluß vorrangig die Bevölkerung der DDR angeht -, sich zu dieser Lebensfrage der Wirtschaft der DDR und ihrer Bevölkerung und ihrer Lösung nicht äußern. Liegt es daran, daß sie sich für die Perspektive der DDR-Wirtschaft nicht mehr interessieren oder daß sie nicht verstehen, welche existentiellen Fragen der Lebensfähigkeit der DDR-Betriebe hiervon betroffen sind? Da das Hinausschieben der Entschuldung nur westdeutschen Konzernen und Unternehmen nutzen kann, die daran interessiert sind, unliebsame Konkurrenten loszuwerden oder Betriebe zu einem Spottpreis zu übernehmen, muß man sich auch die Frage stellen: Wessen Interessen werden eigentlich durch die Regierung vertreten, die der Bevölkerung und der Arbeitnehmer der DDR oder die der westdeutschen Wirtschaft?

Betriebe, die in Konkurs geraten sind oder durch ein Konkursverfahren bedroht werden, sind natürlich weitaus billiger zu haben als normal arbeitende, gesunde Betriebe.

Warum sind die Schulden zu einer solchen lebenswichtigen Frage geworden, die Gedeih und Verderb vieler Betriebe bestimmt? Es geht meines Erachtens vor allem um das Zusammenfallen verschiedener Faktoren. Vor allem folgende drei möchte ich hervorheben:

Erstens: Während die finanziellen Verbindlichkeiten der Betriebe generell 2 :1 abgewertet wurden, sind die materiellen Elemente des Vermögens wesentlich stärker abgewertet worden, 3-4 :1 und teilweise darüber hinaus. Daraus ergibt sich die Situation, daß der Anteil der Verbindlichkeiten, der Schulden am Gesamtvermögen sich verdoppelt hat, teilweise auf das Mehrfache gestiegen ist und in einer Reihe von Betrieben die Verbindlichkeiten über dem Gesamtvermögen liegen, z. B. im Betrieb Mikroprint GmbH Berlin. Dort liegen die Verbindlichkeiten wesentlich über dem Gesamtvermögen des Betriebes.

Zweitens: Die Zinsen haben sich sprunghaft etwa auf das Dreifache erhöht, wodurch die Kostenbelastung eine völlig neue

Dimension erreicht und die Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich erschwert wird.

Drittens ergibt sich hieraus, daß die Zahlung der Zinsen sowie die Tilgung der Schulden eine Größenordnung annehmen, daß den Betrieben ein großer Teil der Wertschöpfung entzogen wird. Damit wird für viele Betriebe die Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeit, ja überhaupt die Existenzmöglichkeit zerstört. Zum Beispiel würde der Schuldendienst im erwähnten Betrieb Mikroprint GmbH Berlin wesentlich höher als der Wert der gesamten Jahresproduktion sein.

Die besondere Relevanz der Schuldenprobleme, die Grundinteressen der Beschäftigten, ja der gesamten Bevölkerung der DDR betreffen, wird sichtbar, wenn wir sie nicht isoliert für sich, sondern im Kontext mit dem ökonomischen und sozialen Umfeld analysieren. Ob, wann und wie die Schuldenprobleme gelöst werden, bestimmt sehr stark die weitere Perspektive, die Existenz oder den Konkurs vieler Unternehmen. Eine unbefriedigende Lösung der Schuldenprobleme würde bedeuten: zusätzliche wahrscheinlich Hunderttausende Arbeitslose, Vernichtung von Arbeitsplätzen eigentlich gesunder Betriebe und auch, daß die Finanzierungsquellen für soziale Leistungen drastisch untergraben werden. Sie würde auch dazu führen, daß der dringend notwendige Investitionsschub ausbleibt, einerseits, weil die Eigenkapitalbildung aus den Gewinnen nicht möglich wird, und zum anderen, weil das Interesse ausländischer Investoren oder von Investoren aus der Bundesrepublik natürlich geschwächt wird. Damit würden jedoch Tempo und Ausmaß der Sanierung der Unternehmen sowie die bei der Privatisierung erzielbaren Erlöse der Treuhandanstalt sehr negativ beeinflusst werden, die wiederum das Tempo zukünftiger Investitionen zur Strukturanpassung bestimmen.

Bei der Lösung der Schuldenprobleme muß auch berücksichtigt werden, daß es in der DDR-Wirtschaft nicht um Rahmenbedingungen für eine normale wirtschaftliche Tätigkeit geht, sondern um die Verhinderung eines ökonomischen Kollaps'. Jeder wird verstehen, wenn das Leben des Patienten akut bedroht ist, sind andere, außergewöhnliche Maßnahmen notwendig, als wenn es darum geht, einem gesunden Menschen günstigere Lebensbedingungen zu sichern.

Wir halten die Lösung der Schuldenprobleme daher für eine Kernfrage, die sich von Tag zu Tag verschärft, um die Blutzirkulation der DDR-Wirtschaft in Gang zu halten und zu stimulieren. Meine Damen und Herren! Ist es nicht besser, Betriebe, die die finanziellen Kreisläufe infolge der hohen Schulden- und Zinslast nicht aus eigener Kraft gestalten können, von diesen Lasten zu befreien, anstatt ständig neue Kredite zur Liquiditätssicherung einzusetzen, die zwar momentan Probleme lösen, aber zusätzliche Belastungen für die Zukunft schaffen.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Die Hauptfrage, auf die die Lösung aller Maßnahmen konzentriert werden muß, die bisher von der Regierung und ihren Vertretern nicht mit der notwendigen Klarheit gestellt, geschweige denn beantwortet wurde, ist: Wie können die Lebens- und Wachstumsfähigkeiten der DDR-Wirtschaft und schrittweise die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe erreicht werden?

Hierzu ist es nach meiner Meinung vor allem erforderlich, die Produktion und den Absatz von Erzeugnissen von DDR-Unternehmen zu fördern und die häufig bewußte Untergrabung, ja sogar Zerstörung ihrer Existenz durch mächtige westdeutsche Konkurrenten zu verhindern. Dafür hat die Regierung de Maizière praktisch nichts, zumindest nichts Wirksames, getan. Hier wirkt sich die Konzeptionslosigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet besonders verheerend aus.

Entgegen gegenteiligen Beteuerungen hat die Politik Bonns dazu beigetragen, daß die Ruinierung der Wirtschaft der DDR beschleunigt wurde.

In seinem Appell an die Abgeordneten der Volkskammer „Stoppen Sie endlich den Ausverkauf der DDR-Interessen!“ charakterisiert der westdeutsche Unternehmer Dieter Aengstenhei-